



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

20.03.2015

Equal Pay Day 2015: Recht auf Mehr!

(In der Anlage finden Sie zwei Fotos von der Equal-Pay-Day-Kundgebung zur freien Verwendung.)

Auf Initiative eines breiten Frauenbündnisses aus DGB, Deutschem Frauenrat und Sozialverband Deutschland demonstriert auch Bettina Hagedorn, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Ostholstein, seit 2008 am „Equal Pay Day“ am Brandenburger Tor für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern. Dieses Jahr hielt die zentrale Ansprache Ministerin Manuela Schwesig unter dem Motto „Recht auf Mehr!“ - am 20. März 2015 deswegen, weil erst an diesem Tag Frauen statistisch das Jahresgehalt ihrer männlichen Kollegen aus 2014 erarbeitet haben.

Bettina Hagedorn: „Es bleibt leider ein Skandal und ein Verstoß gegen das Grundgesetz, dass Frauen in Deutschland bei gleichwertiger Arbeit dennoch 22 Prozent weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen erhalten. Die Bundesrepublik nimmt damit im europäischen Vergleich den traurigen viertschlechtesten Platz ein. SPD und CDU/CSU haben im Koalitionsvertrag fest vereinbart, dass mit Hilfe eines „Entgeltgleichheitsgesetzes“ genau diese Gerechtigkeitslücke noch 2015 geschlossen und alte Diskriminierungen zu Lasten der Frauen endlich beendet werden sollen.“

SPD und CDU/CSU haben bereits mit der Einführung des Mindestlohns und der gesetzlichen Frauenquote wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht, von denen Frauen im Arbeitsleben profitieren werden. Ein wirklich entscheidender Schritt nach vorn ist jedoch die von Frau-

enministerin Manuela Schwesig (SPD) noch in diesem Jahr weitere gesetzlichen Regelungen zur Herstellung von Entgeltgleichheit.

Bettina Hagedorn: „Ich bin froh, dass nun endlich Taten folgen, damit die im wirtschaftlich erfolgreichen Deutschland immer noch verbreitete Lohndiskriminierung beendet wird. Gesetzliche Regelungen zur Entgelttransparenz sind dafür ein riesiger erster Schritt – denn nur wo Lohndiskriminierung offengelegt wird, kann sie bekämpft werden. Außerdem werden sich mit der Einführung der Frauenquote auch die Führungsgremien in Unternehmen und dadurch die Strukturen von oben nach unten verändern. Dies ist eine wichtige und längst überfällige Maßnahme, um qualifizierten Frauen den Weg in Führungspositionen zu ermöglichen, von wo aus sie endlich Einfluss auf die diskriminierungsfreie Beschäftigung von Frauen und Männern im Betrieb nehmen können. Zusätzlich sichern wir durch den Mindestlohn vor allem Frauen vor Lohndumping ab, denn noch immer sind zwei Drittel aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor weiblich. Es darf nicht zur Selbstverständlichkeit werden, dass Frauen in schlechtbezahlte, nicht existenzsichernde Minijobs und Teilzeitverträge gedrängt werden. Die Folge davon ist bekannt und alarmierend: Altersarmut ist bislang eindeutig weiblich. Auch darum brauchen wir gerechte Löhne – und das heißt gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern!“